

Stuttgarter Zeitung vom 25.01.2008

Kinder warten lange auf Therapieplätze

Ärzte im Landkreis sprechen von Unterversorgung – Sozialministerium dementiert

LUDWIGSBURG. Wenn Kinder und Jugendliche schwere psychische Probleme haben, müssen sie sich monatelang gedulden. Laut der Psychotherapeutenkammer bekommt momentan im Kreis Ludwigsburg nur jeder fünfte Hilfesuchende einen Therapieplatz.

Von Miriam Hesse

Obwohl die Sachsenheimer Kinder- und Jugendlichentherapeutin Karin Lantzsch seit September im Ruhestand ist, bedeutet ihr die Gesundheit ihrer jungen Patienten viel. Vor drei Wochen rief eine Großmutter bei ihr an und bat um Hilfe für ihren neunjährigen Enkel. Seine Eltern liegen im Krankenhaus, er selbst hat schwere Depressionen. Karin Lantzsch versprach, sich zu kümmern, und telefonierte sich die Finger wund. Ihre Nachfolgerin, welche die Kassenärztliche Vereinigung für die Praxis in Sachsenheim zugelassen hat, behandelt vor allem Erwachsene und hat auch keinen Platz frei. Von den zehn spezialisierten Therapeuten im Kreis, die am Ende auf ihrer Liste standen, verwiesen sieben auf die Wartezeit von einem Jahr, das schnellste Angebot lautete vier Monate. „Da geht es nicht um Nägelkauen“, sagt Lantzsch, „der Junge braucht rasch Hilfe.“

„Es gibt offensichtlich einen Engpass, aber er wird schöngeredet“, sagt der Ludwigsburger SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Wolfgang Stehmer, der vom Sozialministerium wissen wollte, wie gut der Landkreis denn nun wirklich mit ambulanten Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche ausgestattet ist. Bei all den Diskussionen über Jugendgewalt, sagt Stehmer, vertue man hier doch die Chancen, in jungen Jahren anzusetzen, „wenn diese Menschen aus der Bahn geworfen werden“. Das zu reparieren, „kostet später viel Geld“.

Laut dem Bedarfsplan sei das Soll sogar übererfüllt, heißt es jedoch in der Antwort der Behörde – auch wenn es zugegebenermaßen mitunter lange Wartezeiten gebe. Der Versorgungsgrad liege bei 122 Prozent. Allerdings, geben die Mitarbeiter des Sozialministeriums zu, unterscheide die Kassenärztliche Vereinigung, auf deren Zahlen die Zulassungen basieren, bei der Bedarfsplanung nicht zwischen Psychotherapeuten für Erwachsene und Kindertherapeuten. „Das ist der Kardinalfehler“, sagt Stehmer, „das bedeutet, dass die tatsächliche Situation gar nicht klar ist.“

Seit das Psychotherapeutengesetz 1999 in Kraft getreten ist und damit die Kassenärztliche Vereinigung über die Zulassungen entscheidet, verlangt die Psychotherapeutenkammer eine eigene Quote für die Kinder-

und Jugendlichentherapeuten. Aber es gibt noch weitere Probleme, sagt Rüdiger Nübling, der Sprecher der Landespsychotherapeutenkammer. So gehe die Kassenärztliche Vereinigung davon aus, dass man im ländlichen Raum sehr viel weniger Therapeuten braucht als in der Stadt. „Das widerspricht unseren Untersuchungen“, sagt Nübling. Außerdem zähle für das Sozialministerium nur die Anzahl der Praxen – egal, ob die Therapeuten dort in Teilzeit oder Vollzeit arbeiten.

Dass die Versorgung in Baden-Württemberg verglichen mit den Bundesländern im Osten gut sei, dürfe nicht über die eindeutige Unterversorgung hinwegtäuschen, sagt Nübling. Seinen Studien zufolge, in denen er nach regionalen Gegebenheiten unterscheidet, bekommt zum Beispiel im Kreis Ludwigsburg nur ein Fünftel der psychisch kranken Minderjährigen einen Therapieplatz – „wenn man optimistisch schätzt und alle ambulanten sowie stationäre Kapazitäten einbezieht“.

Die jetzige Bedarfsplanung gehe komplett an der Realität vorbei, sagt auch Michael Mühschlegel, der Sprecher der Kinderärzte im Kreis. Kinder und Erwachsene in einen Topf zu werfen, sei nicht sinnvoll: „Das sind oft ganz andere Krankheitsbilder.“ Dass es bei den Kindertherapeuten kaum freie Termine gebe, sei ein großes Problem: „Wir brauchen sie ja gerade dann, wenn's brennt.“